



Medienkommentar

Freund oder Feind? Die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der Lupe



Bundeskanzlerin Angela Merkel will deutlich mehr Geld für die Bundeswehr. Zurzeit steckt die Bundesregierung etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr. Das sind umgerechnet etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben sollen nun innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 2 Prozent aufgestockt werden. Das bedeutet also etwa 25 bis 30 Milliarden Mehraufwand.

Bundeskanzlerin Angela Merkel will deutlich mehr Geld für die Bundeswehr. Zurzeit steckt die Bundesregierung etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr. Das sind umgerechnet etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben sollen nun innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 2 Prozent aufgestockt werden. Das bedeutet also etwa 25 bis 30 Milliarden Mehraufwand.

Was genau sind denn nun die Beweggründe der deutschen Kanzlerin für diese üppigen Militärambitionen? Gab es dafür eine Petition, die von deutschen Bürgern gleich zig millionenfach an die Kanzlerin erging? Nichts dergleichen. Die US-Regierung und die NATO forderten diese Aufstockung. Zitat Merkels dazu: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten". - Dr. Alexander Neu aus dem Verteidigungsausschuss der Linkspartei im Bundestag kritisierte dieses Vorgehen der Kanzlerin wie folgt: „Merkel ist Dank der deutsch-amerikanischen Freundschaft der Meinung, dass wir dem nachkommen sollten“.

Spätestens wenn es um das liebe Geld in Form von Forderungen geht, sollte man eine Freundschaft hinterfragen. Was verlangen denn die US-Freunde sonst noch so? Dieselben Freunde, die von dem deutschen Bürger zig Milliarden Militärausgaben fordern, forderten seinerzeit ebenso die nach wie vor anhaltenden Russlandsanktionen. Dieser aufgedrückte Russenhass beschert der deutschen Wirtschaft Milliarden schwere Verluste. Hierüber berichteten wir in unseren Sendungen „Deutschland am Gängelband der USA“ vom 15. Dezember 2014 und „Kriegstreiber in Aktion: US-Panzertransporte rollen gen Osten“ vom 24. Juni 2015. - Die US-Freunde verweigerten außerdem den Grexit, das meint den Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Stattdessen fließen nicht enden wollende zig Milliarden schwere Rettungspakete, zulasten der europäischen und insbesondere der deutschen Bürger zu den Gläubigerbanken und dies, ohne dass es die Medien sonderlich erwähnten. Ein Grexit hätte aufgrund der Bankenverflechtungen durch einen Dominoeffekt die US-Banken ruinös ins Wanken gebracht. Dann doch lieber die deutschen Freunde bluten lassen. Hierüber berichteten wir bereits in unseren Sendungen „Warum die USA bei einem Grexit Pleite geht“ vom 02. September 2015 und „Derivatblase – Angst der USA vor einem Grexit“ vom 09. September 2015.

Schließlich haben die US-Freunde auch noch Europa, und auch hier wieder insbesondere Deutschland, eine gigantische Flüchtlingslawine beschert. Zunächst wurden nordafrikanische

und arabische Staaten durch gezielt herbei geführte Umstürze und Kriege unter US-Regie ins Chaos gestürzt. Dann Flüchtlingsströme auf Schiffen unter US-Flagge nach Europa gebracht. Hierüber berichteten wir in unserer Sendung „Die US-amerikanische Handschrift hinter den Flüchtlingsströmen“ vom 16. August 2015. - Zu den konkreten Kosten der Flüchtlingskrise für die deutschen Bürger nannte der freie Journalist Udo Ulfkotte in seinem Interview hier auf Kla.TV vom 9. Januar 2016 bereits ernüchternde Fakten: Laut dem Institut für Weltwirtschaft lägen die Zusatzbelastungen für Deutschland pro Jahr bei ca. 55 Milliarden Euro laufender Kosten!

Im Verbund mit den zig Milliarden schweren Eurorettungspaketen, den zig Milliarden für die Migrantenaufnahme, den ebenso Milliarden schweren Einbußen aufgrund der Russlandsanktionen ergeben die nochmaligen zig Milliarden an Militärausgaben eine extrem rasante und wirtschaftlich absolut ruinöse Talfahrt für die deutschen Bürger.

A propos US-Freundschaft noch eines: Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 vergingen keine drei Wochen, bis das Merkel-Kabinett am 1. Dezember den Syrien-Einsatz der Bundeswehr verfügte. Im Eiltempo wurde der Beschluss nur drei Tage später durch den Deutschen Bundestag gepeitscht. So schnell wurde die Bundeswehr noch nie in einen Krieg geschickt, dazu weder mit Mandat des UN-Sicherheitsrates noch mit Zustimmung der syrischen Regierung. Weil also jegliche internationale Rechtsgrundlage fehlt, ist der Kriegseintritt der Bundesregierung in Syrien völkerrechtswidrig. Die einzige Legitimation dabei erscheint offensichtlich: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten!"

Offenkundig ist, dass die USA als dauerkriegsführende Nationen selbst längst die finanzielle Belastungsgrenze überschritten haben. Doch anstatt die Militärausgaben endlich abzusenken, setzt die US-Regierung weiterhin auf das Militär zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen, nämlich eine Neue Weltordnung unter US-Vorherrschaft. Hierüber berichteten wir bereits anschaulich in unserer Sendung „Instrumentalisierende Kriegsführung“ vom 29. August 2015.

Aufgrund ihrer eigenen katastrophalen Finanzlage spannen nun die USA andere Staaten vor ihren Karren. Zum Beispiel fordern sie von Europa schon seit längerem eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Dass dieses „einfach mehr leisten“ nicht allein finanzielle Mehrausgaben bedeutet, sondern auch das Kopf-hinhalten, wo es weh tut, sprich wo das Kriegschaos herrscht, machte Bundesverteidigungsministerin Von der Leyen deutlich.

Der „BILD“-Zeitung sagte die Ministerin, dass Deutschland im Kampf gegen den IS in Libyen helfen wolle. Bei dem geplanten Auslandseinsatz gehe es schon nicht mehr um den Syrien-Einsatz, sondern im nahtlosen Übergang bereits um einen erneuten Einsatz in Libyen. Es gehe gemäß Von der Leyen darum, das von Islamisten bedrohte Land zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass Libyen eine funktionstüchtige Regierung bekomme.

Mit anderen Worten: Deutschland soll nun für die US-Regierung die Kartoffeln aus dem Feuer holen, schöngeredet als Stabilisierungs- und Friedensmission, aber ganz im Sinne der US-Regierung. Denn mit „funktionstüchtig“ ist nichts anderes als ein Funktionieren im Sinne der US-Regierung, also eine US-Hörigkeit, gemeint, wie die ganze Palette des sog. Arabischen Frühlings zeigt.

Vor dem Arabischen Frühling war Libyen unter Gaddafi ein sehr aufblühendes, autarkes Land. Erst die US-Regierung haben Krieg, Zerstörung und Chaos gezielt orchestriert. Dazu

ebenso einen terroristischen Islamismus, der sowohl den Islam als auch alle anderen Religionen bis in den Tod bekämpft. Darüber berichteten wir detailliert in unserer Sendung „Die gezielte Vernichtung Libyens – ein Augenzeugenbericht“ vom 22. Oktober 2015. Unter Gaddafi waren einst alle auf Schriften gegründeten Religionen zugelassen, außer genau diesem terroristischen Islamismus. Über diese Hintergründe schweigen sich jedoch Politiker und Medien geflissentlich aus.

Wenn die deutschen Bürger nun nachweislich ruinös vor den US-Globalistenkarren gescharrt werden und die deutsche Kanzlerin und ihr Ministerteam dies nach allerbesten Kräften unterstützen, beantwortet sich die Frage fast von selbst, wer denn wem Freund oder Feind ist. Beachten Sie auch hierzu unsere ausführliche Sendung vom 19. Januar diesen Jahres „Gekaufte Wegbereiter für die Neue Weltordnung“, welche wir im Anschluss erneut ausstrahlen.

von mh./hm.

Quellen:

<http://de.sputniknews.com/politik/20160118/307190596/linke-merkelsaufruestungsplaene.html#comments>

<http://de.sputniknews.com/militar/20160118/307178042/verteidigungsministerin-deutschland-kampf-is.html>

„Das Blitzkrieg-Desaster“ COMPACT-Magazin 01/2016, S. 23 von Jürgen Elsässer
Interview mit Udo Ulfkotte: Medienverbrechen und Medienmanipulation in der aktuellen Weltlage vom 09.01.16 www.kla.tv/7493(min. 13:40 – 16:40)

Das könnte Sie auch interessieren:

#AngelaMerkel - www.kla.tv/AngelaMerkel

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!


Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.